



Protokoll des Kantonsrates

80. Sitzung: Donnerstag, 28. Oktober 2010
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz

Kantonsratspräsident Bruno Pezzatti, Menzingen

Protokoll

Guido Stefani

1143

Kantonsratsbeschluss betreffend Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. September 2010 (Ziff. 1133) ist in der Vorlage Nr. 1904.8 – 13555 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung hin ein Antrag des Regierungsrats (Nr. 1904.9 – 13568) eingegangen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat seinen ersten Antrag betreffend die zehnköpfige Fachkommission zurückzieht.

Manuela **Weichelt Picard**, Direktorin des Innern, möchte zuerst darauf eingehen, weshalb der Regierungsrat seinen ersten Antrag jetzt wieder zurückzieht. Er ging nach der 1. Lesung davon aus, dass bei einer Reduktion auf sieben Mitglieder auch § 2 Abs. 1 angepasst werden muss. Dort ist nämlich geregelt, wer in der Kommission vertreten sein muss: die Parteien, die Sozialpartnerinnen und -partner sowie die Organisationen, die sich mit Chancengleichheit befassen. In der nächsten Legislatur sind es bereits sechs Parteien, die im Kantonsrat vertreten sind. Somit wäre nach Überlegung des Regierungsrats noch *ein* Platz frei geblieben für

Gewerbe, Wirtschaft, Gewerkschaft und Organisationen, die sich mit Chancengleichheit befassen.

Der Regierungsrat wollte den Kantonsrat nicht vor den Kopf stossen und den Vorschlag bringen, allenfalls Parteien aus der Kommission auszuschliessen oder nicht aufzunehmen. In den letzten Tagen hat jedoch der Regierungsrat verschiedene Varianten gehört aus den Fraktionen. Dass man es sich sehr gut vorstellen kann, dass auch Sozialpartnerinnen und -partner gleichzeitig Parteien vertreten können. Der Regierungsrat ist damit sehr einverstanden, weil er den Grundsatz einer Kommission aus sieben Mitgliedern aus Effizienzgründen ebenfalls unterstützt. Deshalb hat er sich entschieden, den ersten Antrag zurückzunehmen.

Zum zweiten Antrag. Die Kommission für Chancengleichheit ist eine Kommission, welche vom Regierungsrat gewählt wird und ihn in Fragen von Chancengleichheit berät. Der KRB regelt zudem die Zusammenarbeit der Kommission mit der kantonalen Verwaltung. Wenn nun die Berichterstattung nicht an den Regierungsrat geht, sondern direkt an den Kantonsrat, so ist das systemwidrig und entspricht auch nicht den Zielen und dem ganzen Aufbau von Pragma. Die Berichterstattung an den Kantonsrat müsste alle zwölf Monate speziell traktandiert werden. Daneben auch noch der normale Rechenschaftsbericht. Es würde zu einer zweifachen Debatte führen über Chancengleichheit. Dies erachtet der Regierungsrat nicht als sehr sinnvoll. Das würde auch die Steuerung der Kommission durch den Regierungsrat beeinträchtigen. Eine direkte Berichterstattung an den Kantonsrat würde der Variante Fachstelle entsprechen, die jedoch beim letzten Mal vom Kantonsrat abgelehnt wurde. Dort hat die vorberatende Kommission vorgesehen, dass die Berichterstattung direkt an den Kantonsrat gegangen wäre. Der Regierungsrat benötigt die Berichterstattung an ihn, damit er die notwendige Steuerung vornehmen kann. Zudem würde es zu einem doppelspurigen Verfahren führen. Jedes KR-Mitglied kann selbstverständlich den Bericht einverlangen. Er wird Ihnen gerne zugeschickt. Es geht dem Regierungsrat nicht darum, den Bericht zu verheimlichen. Der Kantonsrat hat auch die Möglichkeit, mit dem jährlichen Rechenschaftsbericht die Tätigkeit der Kommission zu beurteilen. Die Regierung dankt dem Rat für die Unterstützung ihres Antrags.

Christina **Huber Keiser** erinnert daran, dass die SP-Fraktion bereits in der 1. Lesung den Antrag ablehnte, dass die Kommission neu dem Kantonsrat Bericht erstatten soll. Es macht absolut keinen Sinn, wenn die durch den Regierungsrat gewählte Kommission dem Kantonsrat Bericht erstattet. Der bisherige Weg, bei welchem wir Kantonsrätinnen und -räte im Rahmen des Rechenschaftsberichts über die Tätigkeit der Kommission informiert wurden, hat sich bewährt, ist logisch und soll deshalb weiterhin gelten. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag der Regierung!

(Der Abstimmung zu diesem Antrag folgt eine allgemeine Unruhe im Rat und der Fraktionsvorsitzende der FDP meldet sich zu Wort.)

Daniel **Grunder** weist darauf hin, dass seine Fraktion durch Nichtzuhören davon ausging, dass über die Grösse der Kommission abgestimmt wird und nicht über die Berichterstattung. Er stellt den Ordnungsantrag, die Abstimmung sei zu wiederholen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Ordnungsantrag unbestritten ist.

- Der Rat stellt sich mit 38:30 Stimmen hinter den Antrag des Regierungsrats, wonach die Berichterstattung an den Regierungsrat erfolgen soll.

Erwina **Winiger** stellt den Ordnungsantrag, dass in der Schlussabstimmung mit Namensaufruf abgestimmt wird.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dafür gemäss Geschäftsordnung ein Quorum von 20 Stimmen erforderlich ist.

- Mit 26 Stimmen wird das Quorum für eine Abstimmung mit Namensaufruf erreicht.

Das Resultat der Abstimmung mit Namensaufruf ist wie folgt:

Ja haben gestimmt: Irène Castell-Bachmann, Hans Christen, Stefan Gisler, Barbara Gysel, Alice Landtwing, Rupan Sivaganesan, Vroni Straub-Müller und Martin Stuber, alle Zug; Thiemo Hächler und Philipp Röllin, beide Oberägeri; Gabriela Ingold, Martin B. Lehmann und Arthur Walker, alle Unterägeri; Monika Barmet, Menzingen; Bettina Egler, Alois Gössi, Anna Lustenberger-Seitz, Pirmin Frei, Martin Pfister, Heini Schmid und Berty Zeiter, alle Baar; Christina Huber Keiser, Markus Jans, Margrit Landtwing, Thomas Rickenbacher, Beat Sieber und Erwina Winiger, alle Cham; Karin Andenmatten, Eric Frischknecht, Andreas Huwyler und Hubert Schuler, alle Hünenberg; Rosemarie Fährndrich Burger, Beatrice Gaier und Andreas Hürlimann, alle Steinhausen; Markus Scheidegger und Hanni Schriber-Neiger, beide Risch.

Nein haben gestimmt: Rudolf Balsiger, Philippe Camenisch, Felix Häcki, Anton Stöckli, Silvia Thalmann, Regula Töndury, Werner Villiger und Vreni Wicky, alle Zug; Guido Heinrich, Oberägeri; Thomas Brändle, Franz Peter Iten und Heidi Robadey, alle Unterägeri; Fredy Abächerli und Karl Nussbaumer, beide Menzingen; Daniel Abt, Maja Dübendorfer Christen, Daniel Grunder, Silvan Hotz, Silvia Künzli, Beni Langenegger und Beat Zürcher, alle Baar; Walter Birrer und Peter Diehm, beide Cham; Thomas Villiger und Leonie Winter, beide Hünenberg; Andreas Hausheer, Eugen Meienberg, Stephan Schleiss und Monika Weber, alle Steinhausen; Daniel Burch, Flavio Roos, Karin Julia Stadlin und Franz Zoppi, alle Risch; Franz Hürlimann und Moritz Schmid, beide Walchwil; Gregor Kupper und Thomas Löttscher, beide Neuheim.

- Der Rat lehnt die Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 37:36 Stimmen ab.